

Klassenarbeit: Zwischen Räterepublik und parlamentarischer Demokratie

Zeit: 60 min

Name

Klasse

M1 Verkündung der Republik

a) Am 9. November 1918 wurde in Deutschland zweimal die Republik ausgerufen.

Philipp Scheidemann erklärte vor dem Berliner Reichstag:

Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das alte Morsche ist zusammengebrochen; der Militarismus ist erledigt. Die Hohenzollern haben abgedankt! Es lebe die deutsche Republik! Der Abgeordnete Ebert ist zum Reichskanzler ausgerufen worden. Ebert ist damit beauftragt worden, eine neue Regierung zusammenzustellen. Dieser Regierung werden alle sozialistischen Parteien angehören. Jetzt besteht unsere Aufgabe darin, diesen glänzenden Sieg, diesen vollen Sieg des deutschen Volkes nicht beschmutzen zu lassen, und deshalb bitte ich Sie, sorgen Sie dafür, dass keine Störungen der Sicherheit eintreten! Wir müssen stolz sein können, in alle Zukunft auf diesen Tag. Nichts darf existieren, was man uns später wird vorwerfen können. Ruhe, Ordnung und Sicherheit, das ist das, was wir jetzt brauchen! [...] Sorgen sie dafür, dass die neue deutsche Republik, die wir errichten werden, nicht durch irgendetwas gefährdet werde! Es lebe die deutsche Republik!

b) Wenige Stunden später rief Karl Liebknecht die sozialistische Republik aus.

Von einem Balkon des Berliner Stadtschlusses erklärte er:

Der Tag der Revolution ist gekommen. Wir haben den Frieden erzwungen. Der Friede ist in diesem Augenblick geschlossen. Das Alte ist nicht mehr. Die Herrschaft der Hohenzollern, die in diesem Schloss jahrhundertlang gewohnt haben, ist vorüber. In dieser Stunde proklamieren wir die freie sozialistische Republik Deutschland. [...] Wenn auch das Alte niedergerissen ist, dürfen wir noch nicht glauben, dass unsere Aufgabe getan sei. Wir müssen alle Kräfte anspannen, um die Regierung der Arbeiter und Soldaten aufzubauen und eine neue staatliche Ordnung des Proletariats zu schaffen, eine Ordnung des Friedens, des Glücks und der Freiheit unserer deutschen Brüder und unserer Brüder in der ganzen Welt. Wir reichen ihnen die Hände und rufen sie zur Vollendung der Weltrevolution auf.

Nach: Gerhard A. Ritter/Susanne Miller (Hg.): Die deutsche Revolution 1918–1919, Dokumente, S. 77 ff (gekürzt), Hoffmann u. Campe, Hamburg, 1975

M2 Der „neue“ Staat

Wahlaufruf der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), Dezember 1918:

Unser Vaterland blutet nach Kriegsnot und Niederlage aus tausend Wunden. Unsere ruhmbedeckten Fahnen, an die auch in diesem Kampf gegen eine Welt von Feinden, Sieg auf Sieg sich geheftet hat, liegen im Staub, das deutsche Kaisertum, das Werk der großen Hohenzollern und Bismarcks, ist zerbrochen, der stolze Bau des Reiches zertrümmert. Wehrlos sind wir dem Willen unbarmherziger Feinde preisgegeben. Die Revolution hat statt eines Friedens der Verständigung unsere völlige Unterwerfung gebracht und rückt den Frieden selbst noch in weite Ferne. Statt der verheißenden Freiheit gab sie uns Klassendiktatur und unerträgliche Willkür, statt des versprochenen Brotes schwerste Hungersgefahr, statt fruchtbarer Arbeit gefährliche Zerrüttung unserer Finanzen und unserer ganzen Wirtschaft. Nach außen wie im Inneren drohen uns Auflösung und Vernichtung. Vieles, was uns heilig und teuer war, ist unwiederbringlich dahin. [...] Wir sind überzeugt, dass auch in der neuen demokratischen Verfassung Deutschlands eine monarchistische Spitze als ein über den Parteien stehender persönlicher Faktor der Stetigkeit des politischen Lebens, der geschichtlich gewordenen Eigenart unseres Volkes wie der politischen Zweckmäßigkeit entspricht. [...] Wir hoffen, dass unsere deutschen Brüder in Österreich, deren Bedrängnisse wir wie unsere eigenen empfinden, im Anschluss an das Deutsche Reich Sicherheit für ihr nationales Dasein gewinnen werden.

Johannes Hohlfeld (Hg.), Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart. Die Weimarer Republik 1919–1933, Bd. 3, S. 4f. v. 27. 12. 1918, (gekürzt), Berlin: Dokumenten-Verlag, 1951

Zeit: 60 min

M3 „Sozialismus ist uns Organisation, Ordnung und Solidarität“

Eröffnungsrede Friedrich Eberts (SPD) in der ersten Sitzung der Nationalversammlung am 6. Februar 1919:

Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution. Meine Damen und Herren, es war die kaiserliche Regierung des Prinzen Max von Baden, die den Waffenstillstand einleitete. [...] Nach dem Zusammenbruch unserer Verbündeten und angesichts der militärischen und wirtschaftlichen Lage konnte sie nicht anders handeln. Die Revolution lehnt die Verantwortung ab für das Elend, in das die verfehlte Politik der alten Gewalten und der leichtfertige Übermut der Militaristen das deutsche Volk gestürzt haben. Sie ist auch nicht verantwortlich für unsere schwere Lebensmittelnot.

Johannes Hohlfeld (Hg.), *Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart. Die Weimarer Republik 1919–1933*, Bd. 3, S. 14, (gekürzt), Berlin: Dokumenten-Verlag, 1951

Name

Klasse

Arbeitsaufträge

1. Beschreiben Sie, wie sich Deutschland in den Augen von Philipp Scheidemann und Karl Liebknecht (M1a, 1b) nach dem Rücktritt des Kaisers jeweils entwickelt hat und wie es sich weiterentwickeln sollte.
2. Nennen Sie wichtige Stationen Deutschlands 1918/19 auf dem Weg von einer Monarchie zur parlamentarischen Republik.
3. Stellen Sie die Kennzeichen der Räterepublik im Unterschied zur parlamentarischen Demokratie dar.
4. Beschreiben Sie die Staatsform, die die DNVP (M2) anstrebte. Wie begründete die Partei ihre Forderung?
5. Unterscheiden Sie, wer nach Ansicht von DNVP und SPD (M2, M3) jeweils für die soziale Not nach dem Ersten Weltkrieg verantwortlich war. Bringen Sie die Haltung der DNVP auch mit der „Dolchstoßlegende“ in Beziehung. Nehmen Sie anschließend selber Stellung zu den Ursachen für Kriegsniederlage und soziale Not nach dem Ersten Weltkrieg.

Erwartungshorizont

Scheidemann begrüßt den Zusammenbruch der Monarchie, beschreibt die Bildung des Rats der Volksbeauftragten durch je drei Mitglieder von USPD und SPD. Er wollte eine Republik und rief dazu auf, alle revolutionären Unruhen zu beenden. Auch Liebknecht bejubelt die Abdankung der Hohenzollern. Anders als Scheidemann wünscht er ein Rätssystem und eine Fortsetzung der Revolution, die in eine Weltrevolution eingebettet sein sollte.

2. Nennen Sie wichtige Stationen Deutschlands 1918/19 auf dem Weg von einer Monarchie zur parlamentarischen Republik.

- September 1918: Die OHL gesteht die militärische Niederlage ein und fordert Waffenstillstandsverhandlungen. Matrosen meutern gegen den Befehl der Flottenführung, zu einem letzten Gefecht gegen die Engländer auszulaufen.
- November 1918: Unruhen und Aufstände in den Küstenstädten breiten sich über das gesamte Land aus. Überall werden Arbeiter- und Soldatenräte gegründet. Der Rat der Volksbeauftragten mit drei Vertretern der SPD und drei des rechten Flügels der USPD fungiert als Übergangsregierung. Kaiser Wilhelm II. flieht in die Niederlande. Im französischen Compiègne wird der Waffenstillstand unterschrieben.
- Dezember 1918: Der Deutsche Rätekongress in Berlin lehnt das Rätssystem als politische Ordnung des Reiches ab und beschließt die Wahl der Nationalversammlung.
- Januar 1919: Die Nationalversammlung wird gewählt. Frauen besitzen das aktive und passive Wahlrecht.
- Juli 1919: Die Nationalversammlung verabschiedet die Verfassung der Weimarer Republik.

3. Stellen Sie die Kennzeichen der Räterepublik im Unterschied zur parlamentarischen Demokratie dar.

Das Rätssystem ist eine Form direkter Demokratie, das erstmals in der russischen Revolution von 1917 erprobt wurde. In Betrieben, Militäreinheiten oder von den Bewohnern eines Bezirks werden in Volksversammlungen Vertreter gewählt, die wiederum Delegierte in die regionalen und nationalen Räte entsenden. Bei den Räten liegt die ungeteilte Legislative, Exekutive und Judikative. Die Gewählten sind den Wählern direkt verantwortlich. Das Rätssystem galt als ein Mittel, um benachteiligte Gruppen, also Proletarier, gegenüber dem politisch etablierten Bürgertum zu Einfluss zu bringen. Daraus erklärt sich die Abkehr vom Prinzip der Gewaltenteilung. Eine starke parlamentarische Zentralgewalt muss durch Wahlen legitimiert sein; Arbeiter- und Soldatenräte drücken nur einen Teilwillen der Bevölkerung aus. Das parlamentarische System sahen die Spartakisten im Wesentlichen als Fortsetzung des politischen Systems des Kaiserreichs.

4. Beschreiben Sie die Staatsform, die die DNVP (M2) anstrebte. Wie begründete die Partei ihre Forderung?

Die DNVP wünscht eine konstitutionelle Monarchie nach dem Vorbild des Kaiserreichs von 1871 mit „einer monarchistischen Spitze als ein über den Parteien stehender persönlicher Faktor der Stetigkeit des politischen Lebens“. Begründet wird dies mit einer „geschichtlich gewordenen Eigenart unseres Volkes“ und einer angeblichen „politischen Zweckmäßigkeit“.

5. Unterscheiden Sie, wer nach Ansicht von DNVP und SPD (M2, M4) jeweils für die soziale Not nach dem Ersten Weltkrieg verantwortlich ist. Bringen Sie die Haltung der DNVP auch mit der „Dolchstoßlegende“ in Beziehung. Nehmen Sie anschließend selber Stellung zu den Ursachen für Kriegsniederlage und soziale Not nach dem Ersten Weltkrieg.

DNVP: Nach Ansicht der DNVP hat das Militär an seine Fahnen „Sieg auf Sieg“ geheftet. Schuld an der Niederlage sind demnach die Revolutionäre. Die „Dolchstoßlegende“ war eine von führenden Vertretern der OHL initiierte Verschwörungstheorie, die die Schuld an der militärischen Niederlage vor allem auf die Sozialdemokratie abwälzen sollte. Die Legende diente nationalen und rechtsextremen Gruppen und Parteien als Propagandainstrumentarium gegen die Novemberrevolution, den Versailler Vertrag, die Parteien der Weimarer Koalition und die Weimarer Verfassung. Sie gilt als bewusst konstruierte Geschichtsfälschung und Rechtfertigungs-ideologie der militärischen und konservativen Eliten des Kaiserreichs.

SPD: Der Krieg, der durch den „leichtfertigen Übermut der Militaristen“ eingeleitet worden war, ging durch militärische Niederlagen und aufgrund der wirtschaftlichen Not, die eine Fortsetzung unmöglich machte, verloren. Die Revolution trägt daran keine Schuld. Die kaiserliche Regierung unter Max von Baden hat den Waffenstillstand eingeleitet.